

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Freitag/Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



## Was unser Präsident dazu meint

An diesem Wochenende beginnen an den liechtensteinischen Schulen die grossen Ferien: verdiente Ruhepause für bald 4000 Schüler und für ihre Lehrer. Bald werden auch die einen und anderen Betriebe eine Sommerpause einlegen. Auch in der Politik wird es ruhiger. Der Landtag ist geschlossen, die Traktandenlisten der Regierung sind kürzer und die Verwaltung ist dünner besetzt. - Etwas Ferienstimmung fällt auch für die parteipolitische Arbeit ab. Für ein paar Wochen fallen die regelmässigen Sitzungen aus: verdiente Erholungs- und Erholungs- auch für unsere Freunde in den Ortsgruppen, für die Kommissionen, die Arbeitsgruppen und die anderen Institutionen unserer Partei. Viele Eltern haben ihre Koffer für die Ferienreise mit den Kindern schon gepackt; andere bereiten sich auf erholsame Urlaubstage

### Gute Ferien

zu Hause vor. - Ferien sind eine gute Gelegenheit um dem Alltagsstress zu entgehen. Ferien können zu den schönsten Wochen des Jahres in der Familie und unter Freunden werden. Manche Gespräche kann man jetzt leichter führen und manche Ungereimtheit, die uns über das Jahr belastet hat, können wir jetzt aus der Welt schaffen. Ferien können uns helfen, damit wir wieder zu uns selbst und zu den anderen finden. - In diesem Sinne wünsche ich allen unseren Freunden erholsame Ferienwochen. Und jenen, die ins Ausland reisen wünsche ich wieder gute Heimkehr. Ich hoffe, dass wir uns nach der Sommerpause gestärkt und erholt wiedersehen um neue Aufgaben anzugehen.  
Dr. Herbert BATLINER

## Entwicklungshilfe: Frage der Stiftungsform?

Regierung zog Vorlage über die Errichtung der Stiftung Entwicklungsdienst zurück

Nach einer längeren Debatte, in der die unterschiedlichen Auffassungen über die Rechtsform der Stiftung «Liechtensteiner Entwicklungsdienst» deutlich zutage traten, zog Regierungschef Hans Brunhart in der letzten Landtagsitzung die Gesetzesvorlage über die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung zurück. Die Regierung wird nun, versehen mit einer Reihe grundsätzlicher Anregungen aus den Reihen der Landtagsabgeordneten, eine neue Vorlage ausarbeiten.

Die Eintretensdebatte eröffnete der FDP-Fraktionssprecher Josef Biedermann, der sich in einem ersten Teil seiner Ausführungen grundsätzlich mit der Frage der Entwicklungshilfe auseinandersetzte, um dann auf konkrete Fragen im Zusammenhang mit der Gesetzesvorlage einzugehen. Biedermann unterstrich die Bedeutung der Hilfe an die Entwicklungsländer, warnte jedoch vor einer zu starken Einflussnahme durch den Staat. Die Schlussfolgerung des FDP-Sprechers, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle im Wortlaut veröffentlichten, lautete, dass in der vorgesehenen Form ein Eintreten auf die Vorlage nicht möglich sei.

### Einsatz entscheidend

Ebenfalls für die Hilfe an die Entwicklungsländer, vor allem Hilfe zur Selbsthilfe, sprach sich der stellvertretende VU-Abgeordnete Anton Hoop aus. Er meinte, nur wenn die Entwicklungsländer die richtige Unterstützung der Industriestaaten erhielten, bestehe Aussicht auf eine Änderung oder Verbesserung der Verhältnisse. Die Diskussion, ob in unserem Land dafür eine öffentlich-rechtliche oder eine privat-rechtliche Stiftung geschaffen werde, spiele für ihn persönlich keine Rolle. Entscheidend sei, so führte der VU-Vertreter aus, die Effizienz der Organisation und die Kontrollmöglichkeiten über die Verwendung der öffentlichen Gelder.

### Weniger Staat

Etwas differenzierter betrachtete Hermann Hassler (VU) die Inhalte der Regierungsvorlage. Ihn überzeuge nicht, so führte er aus, die völlige Übernahme der organisatorischen und administrativen Tätigkeiten durch den Staat, sondern er würde weniger Staat, ein mehr subsidiäres System, bevorzugen. Er könne sich

zwar der Auffassung der Regierung anschliessen, meinte er weiter, wenn sie sich die letzte Entscheidung über die Auszahlung der Mittel für die Projekte vorbehalten wolle. Doch ist nach seiner Ansicht noch keine Gewähr geboten, dass ein staatlicher Funktionär die Abklärung der Projekte und die Ausarbeitung der Entscheidungshilfen zuverlässiger bewerkstelligen könne als eine privat organisierte Administration.

### Bessere Lösung suchen

Auch Landtagspräsident Dr. Karlheinz

Ritter (VU) neigt nach seinen Ausführungen eher einer privatrechtlichen Lösung zu. Eine staatliche Lösung würde er erst befürworten, sagte er, wenn es sich als die bessere Lösung herausstellen würde.

Die Frage nach den Konsequenzen der Entwicklungshilfe mit einer öffentlich-rechtlichen Stiftung stellte der FDP-Abgeordnete Noldi Frommelt. Ist es, so fragte er weiter, für die Regierung noch möglich, jedes Projekt vor der Unterzeichnung einer eingehenden Kontrolle zu unterziehen. Frommelt regte an, den engagierten Fachleuten auf dem Gebiete der Entwicklungshilfe mehr Vertrauen zu schenken, und sprach sich - wie auch Landtagsvizepräsident Armin Meier - für eine privat-rechtliche Stiftung aus.

## Jubiläumsfest im Malbun

Drei Vereine feiern Geburtstag

Das herrliche Malbun, berühmt wegen seiner schönen Lage, seinen Schneepisten, Liften, Gastbetrieben, netten Leuten usw., ist an diesem Wochenende Festort eines der grössten Jubiläen, die je in unserem Alpengebiet gefeiert worden sind: 50 Jahre Verkehrsverein Triesenberg, 50 Jahre Skiclub Triesenberg und 20 Jahre Kurverein Malbun. Wann hat's dies schon einmal gegeben, dass gleich drei Vereine Geburtstag feiern. Es gilt deshalb der herzlichste Willkommgruss des Organisationspräsidenten Ernst Gassner, der einzelnen Präsidenten und Vorständen der Jubelvereine, Herbert Schädler (Skiclub), Dr. Benno Beck (Kurverein und Verkehrsverein) den zahlreich aufmarschierenden Gästen aus der Gemeinde Triesenberg und aus dem Tal. Die Vereine und die Malbuner haben alles getan, um die Festteilnehmer für einige Stunden aus dem Trubel des Alltags zu entrücken und einige Stunden der Erholung bei Musik, Tanz und Vergnügen zu bieten.

### Einigkeit über Ziele

Regierungschef Hans Brunhart bemängelte in seiner Antwort die nach seiner Meinung «wenig differenzierte Diskussion über den staatlichen Einfluss» bei der Entwicklungshilfe. Er wiederholte nochmals die Grundsätze der Vorlage und unterstrich, dass die Hilfe an Ärmere eine Verpflichtung für unser Land darstelle. Ausserdem wies er darauf hin, dass der Liechtensteinische Entwicklungsdienst (LED) als privat-rechtliche Organisation bisher nie richtig funktioniert habe, da die Gelder ausschliesslich immer aus der Staatskasse stammten und nicht, wie eigentlich vorgesehen, auch aus privaten Quellen. Brunhart bezeichnete die Entwicklungshilfe auch als Teil der liechtensteinischen Aussenpolitik und äusserte erste Bedenken gegen eine privat-rechtliche Stiftung, sofern sich das Volumen der staatlichen Gelder von jetzt 1,4 Millionen Franken auf 2 bis 3 Millionen Franken (entsprechend 1 Prozent des Staatshaushaltes) erhöhen sollte.

Brunhart betonte auch, dass der Staat für die ausgeschütteten Gelder die Verantwortung trage. Überdies sei noch nie ein Projekt des LED abgelehnt worden,

so dass sich durch die Änderung der Stiftungsform keine Einengung der Entwicklungspolitik ergebe. Die Regierung möchte mit der Regierungsvorlage eine neue Basis schaffen für die künftige Entwicklungshilfe. Wenn die Vorlage zur Gründung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung aber keinen Rückhalt im Landtag finde, so ziehe die Regierung ihre Vorlage zurück.

Das Traktandum war damit von der Tagesordnung abgesetzt.

## Einbrecherjagd endet in Schaan

Vier Jugoslawen gestellt

(paß) - Nach einer grenzüberschreitenden Verfolgungsjagd durch Patrouillen der Kantonspolizei Graubünden und St. Gallen sowie des Sicherheitskorps Vaduz konnten am letzten Donnerstag um 2.30 Uhr in Schaan vier jugoslawische Einbrecher auf der Flucht gestellt und verhaftet werden.

Die Verfolgungsjagd hatte in Landquart begonnen, nachdem sich die Insassen eines Personenwagens mit St. Galler Kennzeichen einer polizeilichen Kontrolle durch Flucht zu entziehen versuchten.

Die Bündner Polizeipatrouille ersuchte die Kantonspolizei St. Gallen und das Sicherheitskorps Vaduz um Mitfahndung, worauf sich insgesamt vier Polizei-Einsatzfahrzeuge an der Verfolgung beteiligten. In riskanter, halbrecherischer Fahrweise verliess der flüchtige Personenwagen in Sevelen die N13 und wechselte nach Liechtenstein über. Durch Vaduz ging die Fahrt weiter in Richtung Schaan, wo durch eine Patrouille des Sicherheitskorps die Strasse gesperrt worden war und die Flüchtigen angehalten werden konnten.

Die Festgenommenen führten in ihrem Personenwagen einen rund 100 Kilogramm schweren verschlossenen Tresor mit sich. Die Herkunft des Tresors ist zur Zeit noch nicht überprüft.

## Wille zur politischen Mitarbeit bekräftigt

Die FDP-Frauendelegierten trafen sich in Vaduz zu einem weiteren Meinungsaustausch

(hoe) - Nach der erfolgreichen Volksabstimmung vom vergangenen Wochenende, welche unseren Frauen auf Landesebene und in Schaan auf Gemeindeebene die politische Gleichberechtigung gebracht hat, beginnen sich die Frauen in der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) noch intensiver zu formieren. Für die FDP-Frauendelegierten, die sich am Donnerstag dieser Woche zu weiteren Gesprächen in Vaduz zusammenfanden, gilt es in erster Linie im Gespräch untereinander, aber insbesondere auch im Gespräch mit den Männern, Wege und Ziele zu formulieren, die eine partnerschaftliche Zusammenarbeit fördern. Wichtig erscheint es den Frauen, auf breiter Basis den Kontakt zu suchen und gemeinsam mit den Männern ihre Wünsche und Zielsetzungen in die politische Arbeit einfließen zu lassen.

So kamen auch allgemeine Fragen der strafferen Organisation auf Gemeinde- und Landesebene zur Sprache. Klar sprachen sich die Frauen für eine aktive Mitarbeit in den politischen Gremien auf Gemeinde- und Landesebene aus, wobei bekräftigt wurde, dass eine intensive Zusammenarbeit mit den Männern anzustreben sei. Es sei ihnen bewusst, hörte man am Tisch, dass sie im politischen Bereich von den Männern noch zu lernen hätten.

Ein echt aktives Engagement erblicken die Frauen in der Familienpolitik, in der Sozialpolitik, in der Bildungspolitik und in der Umweltpolitik, wichtige Bereiche, die sie traditionellerweise bis heute schon stark beeinflusst und mitgeprägt haben. Zusammen mit den Männern wollen sie

gerade in diesen bedeutenden politischen Sparten unserer Gesellschaft neue Akzente setzen und als belebende Elemente wirken.

### Monatlicher Stammtisch der Frauen

Beschlossen wurde im weiteren die Einführung eines monatlichen FDP-Stammtisches der Frauen, der zu einer dauernden Institution werden soll. Der erste Stamm findet am 3. September 1984 statt. Ort und Zeitpunkt dieses Stamms und der weiteren Gesprächsrunden werden noch bekanntgegeben.



Zahlreiche Frauendelegierte der FBP trafen sich in Vaduz zu einem weiteren Meinungsaustausch, wobei der Wille zur Zusammenarbeit mit den Männern und die aktive Arbeit in den einzelnen Gremien deutlich bekräftigt wurde. (Bild: bs)



## Staatsbesuch in Wien beendet

Treffen mit dem Parlamentspräsidenten - Besuch bei Bundeskanzler Sinowatz

Der offizielle liechtensteinische Staatsbesuch in Wien ist am Donnerstag mit dem Besuch des Parlamentes, einem Treffen mit den Präsidenten des National- und Bundesrates sowie einem Empfang im Wiener Rathaus durch Bürgermeister Gratz und dem Eintrag ins Goldene Buch der Stadt Wien erfolgreich zu Ende gegangen. Im Mittelpunkt des zweitägigen Staatsbesuchs stand jedoch das Treffen mit Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz und die Verleihung des Goldenen Ingenieur-Diploms an S. D. Fürst Franz Josef. Unsere Aufnahme zeigt unseren Landesfürsten im Gespräch mit Bundeskanzler Fred Sinowatz im Bundeskanzleramt. Ausführlicher Bericht auf Seite 3.